



### **Bund will Spenden absetzbar machen**

Die Bundesregierung will Spenden von der Steuer absetzbar machen. Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP) begrüßte den Vorstoß. Kanzler Werner Faymann (SPÖ) schränkte jedoch ein, es gehe nicht um Spenden für alle Organisationen.

### **Regierung kündigt "Spendengipfel" an**

Vizekanzler und Finanzminister Pröll (ÖVP) stellte am Sonntagmorgen in Aussicht, dass künftig Spenden an Hilfsorganisationen von der Steuer abgesetzt werden dürfen. Er kündigte einen "Spendengipfel" an, bei dem die Details beraten werden.

In der ORF-Pressestunde bestätigte dann Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) die Absicht, dass Spenden für Hilfsorganisationen von der Steuer absetzbar werden sollen.

Allerdings dürften nicht alle Spenden von der Steuer abgesetzt werden, so Faymann. Es gehe um eine Eingrenzung auf jene Leistungen, die jetzt von den Organisationen erbracht werden, die bei der Bekämpfung der Armut an vorderster Front sind.



Herbert Sausgruber

### **Hoffnung auf neue Impulse**

Das Umdenken sei besonders zum jetzigen Zeitpunkt positiv, reagierte Sausgruber auf die Ankündigung Prölls. Soziale Institutionen seien auf Grund der wirtschaftlichen Situation in Schwierigkeiten gekommen.

"Ich werte das als Erfolg für unsere Bemühungen und erwarte einen deutlichen Impuls in Richtung höherer Spendenbereitschaft zugunsten sozialer Hilfsorganisationen wie Caritas oder Rotes Kreuz", so Sausgruber.



Greti Schmid

### **Schmid: "Regelung für alle Organisationen"**

Soziallandesrätin Greti Schmid (ÖVP) begrüßt grundsätzlich die neue Haltung in der Bundesregierung. Allerdings sollen ihrer Meinung nach nicht nur Spenden für bestimmte Organisationen möglich sein.

Vielmehr solle die Regelung für alle Organisationen gelten, die sich für Kinder, Jugendliche und Alte in besonders schwierigen Lebenssituationen einsetzen. Sie denke dabei z.B. an die Kinderdörfer, die Lebenshilfe oder die Hospizbewegung, schreibt Schmid in einem Brief an Kanzler Faymann und Vizekanzler Pröll.

### **Bund lehnte bislang ab**

Bislang hatte sich die Bundesregierung unter Verweis auf die vorgezogene Steuerreform geweigert, Spenden absetzbar zu machen. Man befürchtete eine Aushöhlung der Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer.

Der Vorarlberger Landtag hat schon im Dezember 2002 einen Vorstoß in Richtung steuerlicher Absetzbarkeit sozialer Spenden unternommen. Auch die Vorarlberger Bundesräte stießen 2003 mit einem gemeinsamen Vorstoß beim damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser auf taube Ohren. Erst kürzlich forderten Vertreter verschiedener Parteien im Land die Absetzbarkeit.